

Pressemitteilung

Arzneimittel-Ausgaben in Schleswig-Holstein auf Rekordhoch

Ampel-Koalition muss dringend gegensteuern

Kiel, 22.05.2024

Die Ausgaben für Arzneimittel sind in Schleswig-Holstein erneut deutlich gestiegen: Im vergangenen Jahr erhielten die rund 2,5 Millionen gesetzlich Versicherten Medikamente im Wert von fast 1,65 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von 3,1 Prozent, gegenüber 2021 sogar um 9,8 Prozent. Dies teilte heute die AOK NordWest auf Basis der aktuellen Statistiken des GKV-Spitzenverbandes mit. „Zentrale Kostentreiber sind nach wie vor die hochpreisigen patentgeschützten Arzneimittel. Hier muss die Ampel-Koalition dringend gegensteuern, um die anhaltend hohen Ausgabensteigerungen bei Arzneimitteln abzubremsen“, sagt AOK-Vorstandsvorsitzender Tom Ackermann. Im Durchschnitt bekam 2023 jeder gesetzlich Versicherte in Schleswig-Holstein Arzneimittel für rund 652 Euro verordnet.

Mondpreise endlich abschaffen

Hersteller in Deutschland können nach wie vor den Preis ihres neuen Arzneimittels frei festlegen und Mondpreise dafür verlangen. AOK-Vorstandschef Tom Ackermann kritisierte, dass die von der Bundespolitik mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) eingeleiteten Maßnahmen nicht ausreichend gewirkt hätten. Danach musste in 2023 der verhandelte Erstattungsbeitrag für neue Arzneimittel bereits nach sieben statt bisher zwölf Monaten nach Markteintritt gelten. Deshalb gebe es für den AOK-Chef nur eine Lösung: „Der verhandelte Erstattungsbeitrag muss rückwirkend zum Markteintritt gelten. Für einen angemessenen Preis von Beginn an sollte ein Interimspreis als vorläufiger Abrechnungsbetrag für jedes neue Arzneimittel festgelegt werden“, fordert Ackermann.

Regulierungsmaßnahmen erforderlich

Hinzu komme, dass neue Medikamente immer mehr kosteten, aber davon nicht mehr Menschen profitierten. „Es wird immer mehr Geld für eine immer geringere Versorgungsreichweite ausgegeben“, sagt Ackermann. Daher seien dringend Regulierungsmaßnahmen erforderlich. Das gilt insbesondere für Arzneimittel zur Behandlung seltener Erkrankungen mit häufig noch unzureichender Evidenz, aber besonders hohen Preisforderungen.

Geheimpreise für neue Arzneimittel streichen

Die von der Ampel-Koalition mit dem Medizinforschungsgesetzes (MFG) geplante Einführung von geheimen Erstattungsbeträgen lehnt Ackermann ab. Der AOK-Chef schließt sich damit den Forderungen des Bundesrates vom vergangenen Freitag an, die Geheimpreise für neue Arzneimittel aus dem Medizinforschungsgesetz zu streichen. Die Einführung von geheimen Erstattungsbeträgen würde nach Auffassung Ackermanns zu erheblicher Intransparenz sowie zu einem hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand führen, der mit verantwortungsvollen gesundheitsökonomischen Erwägungen nicht vereinbar sei. „Geheimpreise führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen in Milliardenhöhe und letztlich auch zu Beitragssteigerungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung ohne eine Verbesserung der Versorgung“, so Ackermann.